

Beschluss Solidarität mit der Ukraine!

Gremium: Landesdelegiertenrat
Beschlussdatum: 26.03.2022
Tagesordnungspunkt: 6. Aktuelle Debatte

Antragstext

1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verurteilen auf das Schärfste den völkerrechtswidrigen und
2 menschenverachtenden Einmarsch Russlands in die Ukraine. Gemeinsam mit allen
3 demokratischen Kräften in Deutschland, Europa und aller Welt bekunden wir unsere
4 Solidarität mit den Menschen in der Ukraine und stehen an ihrer Seite. Unsere
5 Gedanken sind bei den Opfern, die dieser Angriffskrieg bereits gefordert hat und
6 noch fordern wird. Unsere Solidarität und Unterstützung gilt auch den mutigen
7 Menschen der russischen Zivilgesellschaft, die sich unter der Gefahr der
8 Verhaftung und jahrelanger Haftstrafen offen gegen die Politik des Putin-Regimes
9 stellen.

10 Russische Bombardierungen und Raketenangriffe machen vor zivilen Einrichtungen,
11 Wohnhäusern, Theatern, Kliniken nicht halt. Vor allem die Küstenstadt Mariupol
12 gleicht nach Augenzeugen einem Trümmerfeld. Das sind Kriegsverbrechen, für die
13 sich Putin und seine Militärs werden verantworten müssen.

14 Als Bündnisgrüne stehen wir auf allen Ebenen für den Frieden und die Einhaltung
15 der Charta der Vereinten Nationen ein. Wir begrüßen die Resolutionen der
16 Vollversammlung der Vereinten Nationen, die den Angriff verurteilen und Russland
17 auffordern, die Gewaltanwendung unverzüglich einzustellen. Nur 4 Staaten haben
18 neben Russland diese Resolutionen abgelehnt. Das zeigt die Isolation, in die
19 Präsident Putin sein Land getrieben hat.

20 Wir begrüßen die weltweite beispiellose Solidarität mit der Ukraine und die
21 Verhängung von Wirtschaftssanktionen gegen Russland. Die Ukraine hat nach Art.
22 51 der Charta der VN das Recht zur Selbstverteidigung, und wir stehen dazu, dass
23 es in dieser Lage angemessen ist, die Ukraine materiell und ideell dabei zu
24 unterstützen.

25 Wir begrüßen die seit langem überfällige Distanzierung der Landesregierung vom
26 Projekt Nordstream 2 und den Aktivitäten der zu dessen Unterstützung gegründeten
27 sogenannten „Stiftung für Klima- und Umweltschutz“. Wir fordern Vorstand und
28 Geschäftsführung der Stiftung auf, alle Tätigkeiten für die Stiftung
29 einzustellen und die zur Ruhigstellung des Widerstands gegen das Projekt
30 vorgesehenen Mittel der Stiftung, soweit sie bereits geflossen sind, nicht
31 auszugeben, bis ein Weg zur endgültigen Abwicklung der Stiftung gefunden ist.
32 Wir werden es nicht damit bewenden lassen. Wir fordern volle Transparenz über
33 alle Aktivitäten der Stiftung und die Hintergründe ihrer Gründung.

34 Innerhalb von wenigen Wochen hat dieser Krieg circa zehn Millionen Menschen
35 veranlasst, ihr Zuhause zurückzulassen. Zweidrittel davon halten sich im Inland
36 auf und werden von Landsleuten so gut es geht aufgenommen. Gut dreieinhalb
37 Millionen Menschen haben das Land verlassen. Wir sind froh über die riesige
38 Hilfsbereitschaft in Polen, Ungarn, Rumänien, der Slowakei und der
39 Moldaurepublik. Die Ukraine ist ein buntes Land, das sich unter anderem vielen
40 afrikanischen Studenten geöffnet hat. Wir wünschen uns deshalb, dass bei der

41 Hilfe keine Unterschiede nach Hautfarbe und ethnischer Herkunft gemacht werden.

42 Alle Kriegsflüchtlinge verdienen Unterstützung und Hilfe.

43 Wer vor Krieg und Gewalt flieht, ist bei uns willkommen. Wer Schutz sucht,
44 findet bei uns in Mecklenburg-Vorpommern Sicherheit und, wenn gewünscht, auch
45 ein neues Zuhause. Die Hilfsbereitschaft im Land ist beeindruckend. Aber es wird
46 notwendig sein, diese bald mit professionellen Strukturen zu untersetzen bzw.
47 bestehende Hilfsstrukturen zu stärken, um Erschöpfung zu vermeiden. Der ersten
48 Hilfe nach der Ankunft muss über einen langen Zeitraum Beratung, Betreuung und
49 Integrationsunterstützung folgen. Dazu müssen Land und Bund Fördermittel weiter
50 aufstocken und Verwaltungsprozesse einfacher und transparenter machen. Auch bei
51 uns darf es keine Unterschiede zwischen ukrainischen Staatsbürger:innen und
52 Menschen aus Drittstaaten geben. Die Integration muss besser als in den
53 vergangenen Jahren Konfliktpotenziale im Blick haben. Wo es ukrainischen
54 Geflüchteten leichter gemacht wird, müssen Erleichterungen so gut es geht allen
55 Geflüchteten zugutekommen. Auch wenn die meisten Geflüchteten hoffen, bald
56 zurückkehren zu können, müssen insbesondere der Spracherwerb und Kontakte zur
57 unmittelbaren Wohnumgebung unterstützt werden.

58 Das sichere Leben im eigenen Land kann all das nicht ersetzen. Deshalb bleibt es
59 dabei: Die Souveränität der Ukraine ist nicht verhandelbar. Putin muss die
60 Angriffe auf die Ukraine sofort einstellen und seine Truppen aus der Ukraine
61 zurückziehen. Das fordern wir mit mehr als Zweidrittel aller Staaten der Welt.

62 Frieden und Unabhängigkeit für die demokratische Ukraine!